Objektive Nachrichten - Revolutionäre Kommentare

Ausgabe Nr. 66 | September 2022

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Wie auf die Preisexplosionen reagieren?

Heißer Herbst und Wutwinter?!

Die Preise steigen immer weiter und viele Arbeiter:innen wissen schon jetzt nicht mehr, wie sie ihre täglichen Ausgaben finanzieren sollen. Alle nicht notwendigen Ausgaben müssen gestrichen und jeder Cent dreimal umgedreht werden. Ohne organisierte Proteste auf der Straße wird diese Entwicklung sich in den kommenden Herbst- und Wintermonaten massiv weiter zuspitzen und Millionen Menschen vor die Frage stellen: Hungern oder frieren?

Schon heute fragen sich viele von uns: Wie sollen wir das alles bezahlen? Dabei stehen die größten finanziellen Belastungen noch vor uns. Mit den Betriebskostenabrechnungen und Strom- und Gasabrechnungen zum Jahresende wird das böse Erwachen kommen, haben sich die Preise für uns Verbraucher:innen in diesen Bereichen im laufenden Jahr zum Teil verdoppelt.

Hungern oder frieren?

Während Bundesfinanzminister Christian Lindner eine Scheindiskussion über eine angebliche „Umsonstmentalität“ vom Zaun bricht und mit der ab Oktober 2022 geltenden Gasumlage die Profite der großen Gasmonopole absichert, stellt sich schon im Hochsommer für viele Menschen in Deutschland die Frage, auf was sie im kommenden Winter am ehesten verzichten können: Eine warme Wohnung oder eine ausreichende Ernährung mit drei Mahlzeiten pro Tag?

Allein durch die sogenannte Gasumlage kommen auf jeden Haushalt, der mit Gas heizt oder warmes Wasser erzeugt, schätzungsweise 500 bis 1.000 Euro zusätzliche Kosten hinzu. Wie sich diese Kosten im kommenden Jahr weiter entwickeln ist bisher

nicht abzusehen. Alle drei Monate haben die Gasversorger die Möglichkeit die „Umlage“ zu erhöhen und uns noch tiefer in die Taschen zu greifen.

Millionen Menschen in Deutschland werden zudem die explodierenden Strom- und Gaspreise erst mit ihrer Jahresabrechnung wirklich zu spüren bekommen. Auch wenn in den vergangenen Monaten die Energieversorger die Verdoppelung oder Verdreifachung der Abschläge bereits angekündigt haben, werden erst die Jahresabrechnungen die wirklichen Kosten enthüllen. Diese könnten pro Haushalt mehrere tausend Euro ausmachen.

Ein Großteil der Menschen in Deutschland hat kein Erspartes, auf das sie in diesen Krisenzeiten zurückgreifen könnten. Viele dürften in den Zeiten der Coronapandemie bereits ihren „Notgroschen“ ausgegeben haben. Das Bündnis „Zwangsräumung Verhindern Berlin“ geht von bis zu 20 Millionen Menschen in Deutschland aus, die ihre Warmmieten und Energiekosten im kommenden Jahr nicht mehr ohne weiteres werden bezahlen können. Realisieren sich diese Prognosen auch nur ansatzweise, dann werden Zwangsräumungen, Strom-, Gas- und Wassersperren breite Teile der Arbeiter:innenklasse treffen.

Milliardenprofite für Unternehmen

Während wir also nicht wissen, wie wir in den nächsten Monaten unser Leben finanzieren sollen, fahren die großen Konzerne gigantische Milliardenprofite ein. Dort wo diese durch den Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie oder unterbrochene Lieferketten gefährdet werden, springt ihnen der deutsche Staat sofort beiseite. So ist die aktuell eingeführte Gasumlage nichts anderes als die Sicherung der Profite der Gasmonopole.

Vollkommen außer acht gelassen wird dabei in der öffentlichen Diskussion, dass die Energiemonopole die in Deutschland Öl, Gas und Strom verkaufen, keinesfalls unter den Folgen des Ukraine-Krieges bzw. der EU-Sanktionen gegen Russland leiden, sondern Milliardenprofite einfahren. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit hat allein für diese Wirtschaftsbereiche einen zusätzlichen Profit von 115 Milliarden Euro errechnet.

Weder Euren Krieg noch Euren Frieden!

Kein Krieg zwischen den Völkern, kein Frieden zwischen den Klassen! Denn der Gegensatz in dieser Gesellschaft verläuft zwischen Ausbeuter:innen und Ausgebeuteten. Und es sind die Ausbeuter:innen, die uns Arbeiter:innen im Krieg für ihre Profite verheizen wollen. > **Seite 3**

Neues Ausbildungsjahr, neues Kampfjahr!

Wieder kein leichter Start ins Ausbildungsjahr: Während zuvor die Pandemie für viele Probleme im Betrieb wie in der Berufsschule sorgte, sind es nun die Teuerungen. Aber wir Jugendliche wissen, in was für einer Welt wir leben wollen und auch in diesen Zeiten werden wir für sie kämpfen. > **Seite 4**

Ähnlich sieht es auch in anderen Branchen aus, etwa bei den Lebensmittelkonzernen, die durch die massive Erhöhung der Endverbraucherpreise gigantische Profite einfahren.

Diese in der aktuellen Diskussion oft als „Übergewinne“ bezeichneten Extraprofite könnten ohne Probleme über eine besondere Übergewinnsteuer wie in Griechenland oder Spanien genutzt werden, etwa um die explodierenden Preise in anderen Bereichen zu senken.

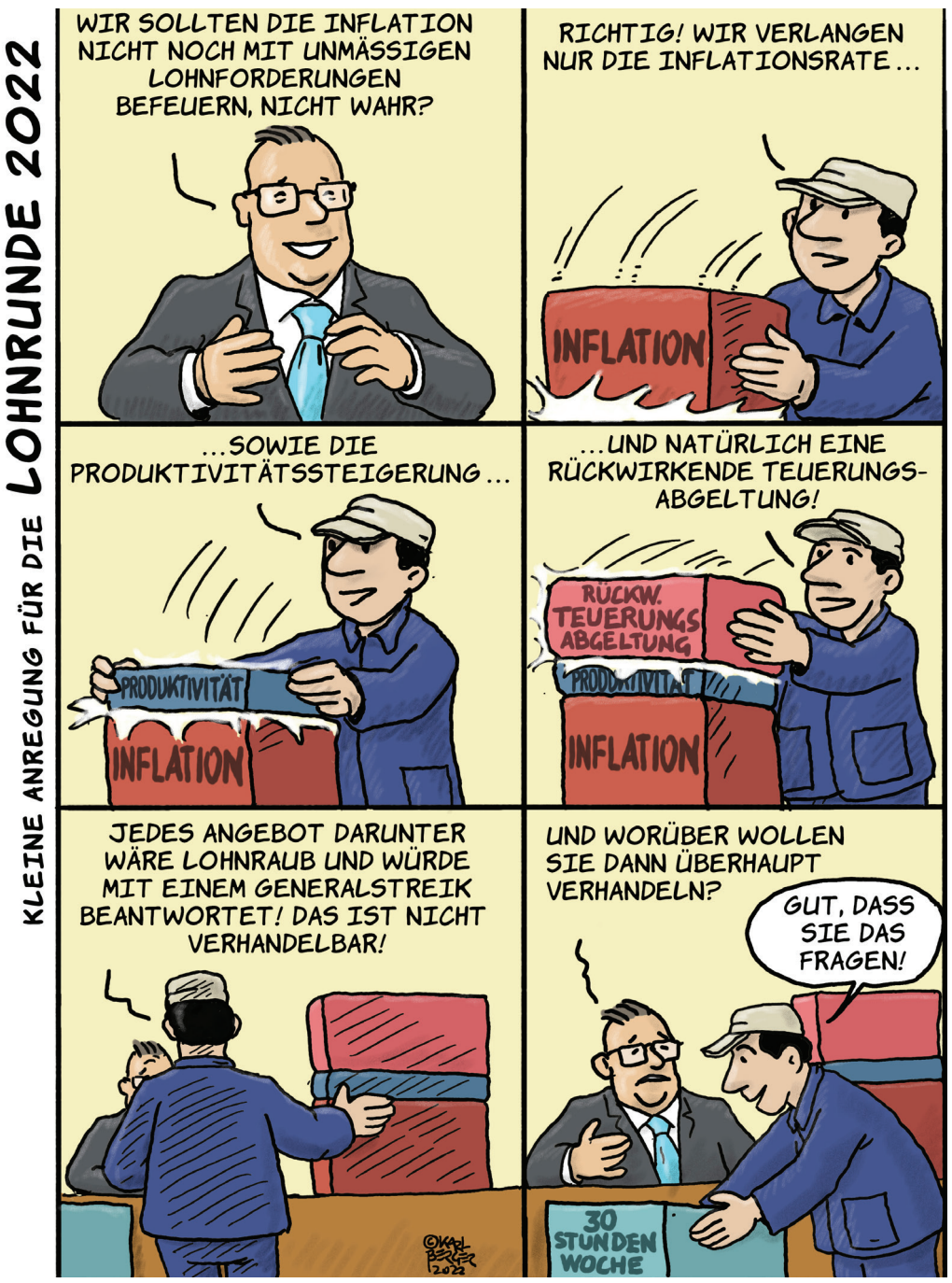
Die Preise explodieren, die Löhne sinken

Während die Preise in allen Lebensbereichen seit mehr als einem Jahr explodieren und Wirtschaftsexpert:innen von einer weiter steigenden Teuerungsrate von mehr als 10 Prozent in den kommenden Monaten ausgehen, sinken unsere Löhne bzw. unsere Kaufkraft immer weiter.

Laut den Berechnungen des Hans-Böckler-Instituts dürfte die Lohnentwicklung in Deutschland allein in diesem Jahr im Durchschnitt um 2,9 Prozentpunkte hinter der Preissteigerung zurückbleiben. Bei Menschen, die im Niedriglohnsektor oder einem atypischen Arbeitsverhältnis arbeiten, dürfte der Reallohnverlust und damit die sinkende Kaufkraft noch deutlich stärker einschlagen.

Allein um die aktuelle Teuerungsrate von 7,5 Prozent und die Verschlechterung des Lebensstandards aus dem letzten Jahr auszugleichen, müssten die Löhne im Durchschnitt um rund 10% angehoben werden. Für die kommenden 12 Monate dürften weitere Preissteigerungen um 10% hinzukommen.

Um eine weitere drastische Verschlechterung unseres Lebensstandards zu verhindern, müssen wir also in den anstehenden Lohnrunden mindestens 10-15% Lohnsteigerungen bei kurzen Laufzeiten der Tarifverträge erkämpfen. Überall dort, wo bereits schlechtere Lohnabschlüsse verhandelt wurden oder gar keine Tarifverträge gelten, gilt es gleichfalls kollektiv mindestens einen realen Inflationsausgleich durchzusetzen.



Mehr Cartoons von Karl Berger unter zeichenware.at

Wir zahlen nicht?!

Ein einfaches „Weiter so!“ ist für Millionen Menschen in Deutschland keine Option mehr. Es bleibt nur die Wahl zwischen dem weiteren Abstieg in die Armut und einem organisierten Widerstand gegen die ökonomische Entwicklung in Deutschland. Die Preissteigerungen werden gezielt von Staat und Monopolen dazu genutzt, eine gigantische Verschiebung des gesellschaftlichen Reichtums von Millionen Arbeiter:innen direkt an die herrschenden Monopole zu organisieren.

Der Unmut, die Wut und Verzweiflung über die krisenhafte Entwicklung und das Bröckeln der scheinbaren jahrelangen Stabilität in Deutschland sind mittlerweile bei vielen Menschen beherrschende Gefühle. Diese Unzufriedenheit mit den Krisen des Kapitalismus kann nur der erste Schritt sein.

Aus der Wut auf dieses System, seine Ausbeutung und Krisen muss sich eine Energie entwickeln, die uns dazu bringt weiter zu gehen als nur zu sagen „Für ihre Krise zahl ich nicht!“, sondern Wege aufzuzeigen und zu gehen, wie wir es schaffen als Klasse tatsächlich nicht für die kapitalistische Krise zu zahlen und die Kapitalist:innen zur Kasse zu zwingen.

Widerstand organisieren

Bisher gibt es kaum organisierten gesellschaftlichen Widerstand gegen die massiven Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter:innenklasse. Auch wenn die Wut auf die Preisexplosionen überall spürbar ist, so gibt es doch noch keinen kollektiven Umgang damit.

Statt alleine zu gucken, wie wir irgendwie die nächsten Tage, Wochen oder Monate über die Runden kommen, gilt es für uns als Arbeiter:innen jetzt konkret Widerstand gegen die Preisexplosion und die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben zu organisieren:

- Schließen wir uns dazu überall, wo wir mit unseren Klassengeschwistern zusammen kommen zusammen und organisieren realen Widerstand gegen die Angriffe auf unseren Lebensstandard. Kämpfen wir mit unseren Kolleg:innen in den Betrieben und Arbeitsplätzen entschlossen für einen wirklichen Inflationsausgleich, der die bisherigen und kommenden Preissteigerungen abdeckt.
- Kommen wir in den Stadtteilen mit unseren Nachbar:innen zusammen, um gemeinsam gegen die Willkür der Vermieter:innen vorzugehen und Zwangsräumungen, Strom-, Gas- und Wassersperren aktiv zu verhindern.
- Gehen wir gemeinsam regelmäßig auf die Straße und organisieren uns, um den Profiteur:innen der Preisexplosionen einen heißen Herbst und einen Winter der Wut zu bescheren und der Regierung des Kapitals eine gebührende Antwort auf ihre arbeiterfeindliche Politik zu geben!

Perspektiven schaffen

Reiner Protest gegen die Maßnahmen und Angriffe von Kapital und Politik reichen jedoch nicht aus, um wirklich etwas zu ändern. Die Proteste brauchen eine klare Richtung und Perspektive, damit sie Erfolg haben können.

Es ist auf der einen Seite notwendig, jetzt gegen die direkten Auswirkungen der kapitalistischen Krisenpolitik zu kämpfen und die direkte Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter:innenklasse zu verhindern.

Auf der anderen Seite können die Proteste nicht auf Dauer ohne die klare Vorstellung einer gesellschaftlichen Alternative zum herrschenden kapitalistischen System geführt werden. Die Erkämpfung höherer Löhne, die Abschwächung der Preisexplosion oder eine höhere Besteuerung von Unternehmen sind sicher Dinge, die wir in diesem System erreichen können. Ein Ende der Ausbeutung von uns Arbeiter:innen, eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und ein Ende von Preisexplosion und Wirtschaftskrisen sind im Kapitalismus aber nicht möglich. Dies setzt eine nach den Bedürfnissen der Gesellschaft geplante Wirtschaft voraus und eine Politik, die den Interessen der Arbeiter:innenklasse dient. Das ist nur möglich, wenn wir dieses kapitalistische System überwinden und durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzen, die durch uns Arbeiter:innen geplant und geleitet wird.

Es wird für uns also nicht nur darum gehen jetzt auf die Straße zu gehen und die notwendigen Proteste zu organisieren, sondern auch die Diskussion um die gesellschaftliche Alternative zu führen und damit der Bewegung gegen die Preisexplosionen eine klare Perspektive zu geben.

Daher heißt es für uns: Wann wenn nicht jetzt? Wer wenn nicht wir?

Weder Euren Krieg noch Euren Frieden!

Bundeswehr-Fotos (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Leopard_2_A5_der_Bundeswehr.jpg), „Leopard 2 A5 der Bundeswehr", https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode

Kein Krieg zwischen den Völkern, kein Frieden zwischen den Klassen! Denn der Gegensatz in dieser Gesellschaft verläuft zwischen Ausbeuter:innen und Ausgebeuteten. Und es sind die Ausbeuter:innen, die uns Arbeiter:innen im Krieg für ihre Profite verheizen wollen.

Seit Monaten versuchen Staat und Medien uns auf eine neue nationale Linie einzuschwören: Putin habe im Alleingang einen Krieg vom Zaun gebrochen.

Alle „Demokratien" müssten sich auf die Seite der Ukraine schlagen. Deutschland müsse aufrüsten, um auf zukünftige Kriege vorbereitet zu sein. Und wir alle müssten uns in dieser Lage bereitwillig auf einen kalten Winter einstellen und unsere „Anspruchshaltung" zurückschrauben. Diese Botschaften sollen uns mit allen Mitteln der emotionalen Ansprache und Stimmungsmache, mit strengen und verständnisvollen Worten von Regierungsmitgliedern, mit rührseligen und schockierenden Fernsehbildern in die Seele gebrannt werden.

Der Wirtschaftsminister gibt „wertvolle" Tipps, wie man im Winter Kosten sparen kann. Der Finanzminister mahnt, wir könnten keine „Umsonstmentalität" an den Tag legen. Gleichzeitig bereitet der Staat Sporthallen vor, um Mieter:innen aus ihren Wohnungen zu evakuieren, welche die Konzerne Vonovia und Co. ab Oktober nicht mehr ausreichend beheizen wollen.

Dreh- und Angelpunkt dieses Lügengebäudes und dieser Demagogie ist die Behauptung, es gebe ein gemeinsames Interesse aller Menschen in diesem Land, sich zusammenzuschließen und einem äußeren Feind entgegenzustellen. Dabei ist der Krieg in der Ukraine nicht das Ergebnis der Willkür eines einzelnen Tyrannen. Vielmehr sind es die Staatsführer:innen aller großen imperialistischen Länder, die diesen Krieg für ihre Weltherrschaftskämpfe nutzen wollen, und zwar in den Diensten der hinter ihnen stehenden Konzernherr:innen.

Die USA wollen Russland vom Schwarzen Meer vertreiben und Deutschland hat sich ihnen bereitwillig angeschlossen, um seinen Einfluss in der Ukraine und ganz Osteuropa weiter auszudehnen. Dazu pumpen sie den ukrainischen Staat und seine Armee mit Waffen und Geld voll, und dafür haben sie den Wirtschaftskrieg mit Russland vom Zaun gebrochen. Russland wiederum führt diesen Krieg aus genau den gleichen Interessen, jedoch in umgekehrter Richtung.

Keine der beteiligten Regierungen steht auf Seiten der eigenen Bevölkerung. Der russische Staat verheizt die verarmte Jugend aus seinen ländlichen Regionen zuerst an der Front.

Deutschland und die USA schicken die ukrainische Armee vor, um ihre Interessen mit der Waffe zu vertreten. Und die Kosten des Wirtschaftskriegs und des daraus drohenden Gasmangels will Deutschlands Regierung den Arbeiter:innen in diesem Land auferlegen. Wir sollen explodierende Preise in den Supermärkten und an den Tankstellen stemmen, und sollen uns gleichzeitig bei unseren Lohnforderungen zurückhalten. Und perspektivisch will der Staat auch die Jugend dieses Landes wieder in den Krieg schicken.

Wir dürfen nicht auf dieses uralte Spiel hereinfallen. Es geht in der Welt nicht um die Interessen von Nationen, sondern um die von Klassen. Es ist die herrschende Kapitalistenklasse, hierzulande die Klattens, Haniels, Quandts und andere, die schon heute angesichts des Krieges Rekordgewinne machen und immer reicher werden. Und es ist die Arbeiter:innenklasse, die lohnarbeitende Bevölkerung, die für diesen Krieg bezahlen soll. So sieht es in jedem Land aus. Deshalb dürfen wir nicht auf das Kriegsgeschrei hereinfallen und zu keinen Opfern zugunsten dieses Systems bereit sein. Wir dürfen uns aber genau so wenig auf ein allgemeines Geschwurbel von Frieden einlassen.

Es ist in Wahrheit der Weltkapitalismus, der uns Arbeiter:innen in diesem Frühjahr wieder einmal den Krieg erklärt hat. Und diesen Krieg gegen das Kapital – nicht den gegen andere Völker – müssen wir führen. Nämlich indem wir uns erheben, unseren Unterdrückern ihre Produktionsmittel entreißen und eine neue, sozialistische Ordnung in diesem Land errichten.

WIR ZAHLEN NICHT FÜR IHRE KRIEGE!

Kein Cent, kein Mensch der Bundeswehr!

www.FÖDERATION-KLASSENKAMPF.org

Neues Ausbildungsjahr, neues Kampfjahr!

Wieder kein leichter Start in das neue Ausbildungsjahr: Während zuvor vor allem die Corona-Pandemie für viele Probleme für Auszubildende im Betrieb wie in der Berufsschule sorgte, sind es in diesem Jahr die enormen Teuerungen. Aber wir Jugendliche wissen, in was für einer Welt wir leben wollen und auch in diesen Zeiten werden wir für sie kämpfen.

Auszubildende besonders von Teuerungen betroffen

Die niedrigen Löhne in der Ausbildung sorgen aktuell für besonders starke Einschnitte im Alltag. Wer keine Unterstützung durch seine Eltern erhält, muss sich meist auf das Nötigste begrenzen, um über die Runden zu kommen – und Auszubildende, die noch bei ihren Eltern leben, haben immer seltener die Chance auf eine eigene Wohnung.

Auch der Kuschelkurs der Gewerkschaften mit den Kapitalist:innen hat in den letzten Tarifrunden dafür gesorgt, dass die sogenannte Ausbildungsvergütung weiterhin kaum für ein selbstständiges Leben reichen kann. Die gesetzliche Mindestgrenze liegt aktuell bei 585 Euro im ersten Ausbildungsjahr, wobei Tarifvorrang herrscht, sie theoretisch also unterschritten werden könnte. Aktuell erhalten genau so viel zum Beispiel Friseur:innen und Floristiker:innen in Ostdeutschland. Niedrigere Löhne in der Ausbildung im Osten als im Westen gibt es bis heute in vielen Branchen.

Im Interesse der Unternehmen sind diese Zustände allemal. Als noch formbare und besonders billige Arbeiter:innen sind Auszubildende häufig Bedingungen ausgesetzt, die sich für ältere Kolleg:innen nicht so leicht durchsetzen ließen. Angesichts des oft beklagten Fachkräftemangels werden Auszubildende zusätzlich vor allem als dringend benötigter Nachwuchs in vielen Konzernen gesucht. Für das System, dass auf der Ausbeutung unserer Arbeitskraft beruht, muss es ständig Nachschub geben.

Der Kapitalismus braucht die Jugend – wir brauchen den Kapitalismus nicht

Deswegen sind die Klagen auch besonders laut, dass im letzten Jahr vier von zehn Betrieben nicht alle Ausbildungsplätze besetzen konnten. Bürgerliche Studien sehen den Grund dafür in der sinkenden Zahl der Jugendlichen insgesamt und dem beständigen Trend zum Studium. Dabei gibt es auch viele Jugendliche, die trotz der unbesetzten Stellen keinen Ausbildungsplatz erhalten. Zum Beispiel, weil sie eben aufgrund des mangelnden Geldes nicht für die Ausbildung umziehen können, oder weil sie als „ungeeignet“ eingestuft werden. Zwar ist für Jugendliche mit Haupt- oder Realschulabschluss eine Ausbildung die einzige mögliche Bildungsoption, trotzdem sinken mit niedrigeren Schulabschlüssen die Chancen. Ebenso ergeht es migrantischen Jugendlichen. Außerdem sind auch die Ansprüche gestiegen und die Jugendlichen lassen sich nicht mehr alles Mögliche gefallen. Betriebe, bei denen schlechte Arbeitsbedingungen, lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne bekannt sind, erhalten unter anderem gar keine Bewerbungen mehr.

Für die Kapitalseite liegt das Problem selbstverständlich bei den Jugendlichen: Laut der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ läge das Hauptproblem darin, dass sie sich oft nicht auf die freien Stellen bewerben, sondern unbedingt in ihrem Wunschberuf arbeiten wollen. Die Jugend soll also gefälligst den Interessen des Kapitals dienen und sich dort, wo sie gebraucht wird, am besten bis 72 in 42-Stunden-Wochen ausbeuten lassen. Wem das nicht schmeckt, der kann sich dann noch gern für die BRD im imperialistischen Krieg verheizen lassen.

Dabei ist die einzige Sache, für die wir als klassenbewusste Jugend kämpfen sollten, der Klassenkrieg gegen das Kapital. Ja, wir wollen ein selbstständiges Leben führen, Erfüllung statt Entfremdung durch unsere Arbeit erleben und nicht voller Angst an die Zukunft denken. Diese Perspektive verwehrt uns aber der Kapitalismus. So lange er existiert, werden uns Preisexplosionen und Kriege begleiten. Ist unsere einzige Aussicht ein Leben der Lohnarbeit, werden sich unsere Vorstellungen einer besseren Welt nicht erfüllen und schlussendlich aus unseren Köpfen verschwinden. So ging es unseren älteren Kolleg:innen vor uns und so wird es nach unserer Jugend die nachfolgende Generation treffen. Unsere einzige Möglichkeit, diesem Teufelskreis ein Ende zu bereiten, ist der gemeinsame Klassenkampf über alle Spaltungslinien hinweg – als Auszubildende, junge und alte Arbeiter:innen, Arbeitslose und Rentner:innen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

https://perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
twitter.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 16991583* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE» APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

https://perspektive-online.net/app

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“ https://perspektive-online.net/abo
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ https://perspektive-online.net/verein
- **Unterstütze uns** mit einer Spende https://perspektive-online.net/spenden